



Zusammenkunft aller
Physik-Fachschaften

Resolution der Zusammenkunft aller Physik Fachschaften

Zu den aktuellen hochschulpolitischen Entwicklungen in Baden-Württemberg

Die ZaPF fordert

1. die Beibehaltung eines politischen Mandates der Studierendenschaften in Baden-Württemberg, damit sie ihre studentischen Interessen weiterhin vor Gesellschaft und Politik vorstellen und für diese weiterhin auch öffentlich streiten dürfen.
2. die CDU-Fraktion muss ihre anmaßenden Anschuldigungen zurückziehen. Zwischen einer studentischen Interessenvertretung, auch durch Demonstrationen, und der Unterstützung und Duldung von Straftaten besteht ein klarer Unterschied.
3. das Ministerium für Wissenschaft und Kunst, wie auch die gesamte Landesregierung, auf, die Studierendenschaften im Land frühzeitig in Gesetzesänderungen einzubeziehen und wie in anderen Bundesländern keine Maßnahmen "...gegen die Hochschulen oder über die Hochschulen hinweg" [Pfeiffer-Poensgen, 27.9.17] durchzuführen.
4. die Abschaffung der kürzlich eingeführten Studiengebühren.

Begründung

Das Ministerium für Wissenschaft und Kunst hat Pläne, das Landeshochschulgesetz zu reformieren¹. Hierbei soll auch der Satz, der den Studierendenschaften das politische Mandat garantiert, gestrichen werden, was trotz zuvoriger Informations- und Diskussionsveranstaltung von MWK, Hochschulen und Studierendenschaften erst durch die Presse bekannt wurde.

¹Zeitungsbericht, hier exemplarisch Badische Zeitung:
<http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/studierendenvertretung-soll-politisches-mandat-verlieren--139913324.html>

Doch was bedeutet die Streichung des politischen Mandats?

Die Grünen-Fraktion sagt: Das ändert nichts². Die CDU konstruiert derweil in der Südwestpresse³ einen Zusammenhang zwischen Krawallen und Randalierer*innen auf Demonstrationen und dem politischen Mandat, das deshalb eingeschränkt werden müsse.

In diesem Zusammenhang stellte die CDU-Fraktion im Landtag die Große Anfrage zu dem Thema Linksextremismus in Baden-Württemberg ' (16-2642), zu deren Beantwortung am 27. September ein Schreiben⁴ an alle Hochschulen in Baden-Württemberg ging. Dieses Schreiben sollte bis zum 29.09.17 im Benehmen mit den jeweiligen Studierendenschaften beantwortet werden.

Zum Thema Studiengebühren verweisen wir auf das Positionspapier⁵ und die Resolution⁶, in der wir uns der Positionierung der Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg zur Einführung von Studiengebühren für internationale Studierende, Einführung von Zweitstudiengebühren und Erhöhung des "Verwaltungskostenbeitrages"⁷ anschlossen.

Anhang:

Resolution über Studiengebühren

Verabschiedet am 1.11.2017 in Siegen

²Stellungnahme der Grünen-Fraktion:

<https://www.gruene-landtag-bw.de/themen/wissenschaft-kultur/recht-auf-oeffentliche-stellungnahme-und-mitbestimmung-der-studierenden-bleibt-ohne-einschraenkung-erhalten.html>

³Bericht in der Südwestpresse:

<http://www.swp.de/ulm/nachrichten/suedwestumschau/land-will-studentenvertretern-politisches-mandat-entziehen-15500464.html>

⁴Landtagsanfrage 16-2642:

<https://www.dropbox.com/s/euxp6pbp0x3w9bz/2017%2009%2027%20Abfrageformular%20Grosse%20Anfrage%2016-2642.pdf?dl=0>

⁵Positionspapier zu Studiengebühren:

https://zapf.wiki/Datei:Positionspapier_Studiengebuehren_WiSe16.pdf

⁶Resolution:

https://zapf.wiki/images/a/ac/Reso_Studiengebuehren_WiSe16.pdf

⁷Positionierung der Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg zur Einführung von Studiengebühren für internationale Studierende, Einführung von Zweitstudiengebühren und Erhöhung des "Verwaltungskostenbeitrages":

http://www.studis.de/lak-bawue/fileadmin/lak-bawue/PMs_und_offene_Briefe/Positionierung_der_Landesstudierendenvertretung_Baden-Wuerttemberg_zur_Einfuehrung_von_Studiengebuehren.pdf